

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/150 -

Einzelplan 05

Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2000 - Einzelplan 05 - wird mit der aus der Anlage ersichtlichen Änderung angenommen.

Bericht

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Nachtrags Haushaltsgesetzes 2000 - Einzelplan 05, Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung - in seinen Sitzungen am 20. September und abschließend am 25. Oktober 2000 beraten und ihn mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig angenommen.

Die Fraktion der SPD legte den Änderungsantrag (Anlage 1) in der abschließenden Sitzung vor und erklärte, die VE im Wert von 1,2 Millionen DM sei eingesetzt worden, um das Ziel zu erreichen, bereits vor der Einschulung und während der Einschulungsphase, Kindern aus Migrantenfamilien gezielt Unterricht in der deutschen Sprache anzubieten. Dies sei ein erster Einstieg in das entsprechende Programm.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergänzte, man stelle den Änderungsantrag mit dem Koalitionspartner, um ein Jahr früher mit Integrationsmaßnahmen und der Sprachförderung beginnen zu können.

Die Fraktion der CDU stimmte dem Antrag zu. Sie hob zugleich hervor, der Antrag enthalte genau die Forderungen der CDU aus dem Wahlkampf, die von den Koalitionsparteien sehr negativ bewertet worden waren.

Die F.D.P.-Fraktion wies darauf hin, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten genau das Anliegen der F.D.P. aufgegriffen, das kürzlich Gegenstand einer Kleinen Anfrage gewesen sei. Die Regierung habe ihre Antwort dabei nicht so abgefasst, wie sie in der Begründung des Antrags vorliegt.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold
Vorsitzender

